



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

SPD-Bundestagsabgeordneter Michael Schrodi und Martina Tschirge von der SPD im Landkreis Dachau fordern zum Internationalen Frauentag: „Gleichstellung – gerade jetzt!“

Olching, 05.03.2021

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Mitglied im Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Frauen tragen nicht nur die Hauptlast während der Pandemie, sie sind auch in der Arbeitswelt schlechter gestellt. Zum Internationalen Frauentag am Montag fordern der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi und Martina Tschirge, kommissarische Vorsitzende der SPD im Landkreis Dachau daher: „Gleichstellung – gerade jetzt!“

„Aktuelle Zahlen zur Corona-Krise belegen, dass sich in der Hälfte aller Familien in der Pandemie die Mutter alleine um die Kinder kümmert“, erläutert Tschirge. In weiteren 25 Prozent teilen sich Vater und Mutter die Kinderbetreuung. „Das zeigt deutlich, welche Last die Frauen in diesen Zeiten tragen“, so die kommissarische Vorsitzende der SPD im Kreis Dachau und weiter: „Der Internationale Frauentag muss Anlass sein, dass sich in Sachen Ungleichheit im Familien- und Arbeitsleben endlich etwas ändert! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass die Chancengleichheit von Frauen und Männern selbstverständlich wird.“

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich daher unter anderem für die Einführung einer Familienarbeitszeit, für das Familiengeld und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung stark. „Vor allem für Kinder im Grundschulalter ist die Betreuungssituation bisher eine Herausforderung“, wie Schrodi als Vater zweier Grundschulkinde weiß.

Hinzu kommt, dass Frauen mehr Arbeit in systemrelevanten Berufen leisten, die jedoch häufig schlechter bezahlt sind als andere Jobs. In Deutschland arbeiten 5,7 Millionen Menschen im sozialen Bereich – 80 Prozent von ihnen sind Frauen. „Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung müssen für soziale Berufe endlich selbstverständlich sein“, fordert Schrodi daher und kritisiert diesbezüglich die Ablehnung eines flächendeckenden Tarifvertrags durch die Arbeitgeber im Altenpflegebereich. Damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit endlich Realität werde, brauche es verschiedene Ansätze. „Dazu gehört eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf - die Elterngeldreform war hier schon ein wichtiger Schritt. Es braucht aber auch das Recht auf Entgelttransparenz“, erläutert der Abgeordnete.



Frauen stehen zwar bei der Krisenbewältigung in vorderster Reihe. In den Führungsetagen der Wirtschaft sind Frauen und ihre Expertise aber nur selten vertreten. „Das wird sich ändern. Lange und beharrlich haben wir mit unseren Ministerinnen Franziska Giffey und Christine Lambrecht für mehr Frauen in Führungspositionen gekämpft“, erläutert Schrodi. Das zahlt sich aus: Künftig gilt eine gesetzliche Mindestbeteiligung von Frauen in Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen.

„Zudem beschreiten wir mit der Gründung einer Bundesstiftung für Gleichstellung neue Wege in der Gleichstellungspolitik“, so Schrodi weiter. Die Stiftung wird sich wissenschaftlich fundiert mit der Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auseinandersetzen und die Gleichstellung nachhaltig voranbringen. Mit Nachdruck hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Stiftung noch in diesem Jahr mit ihrer Arbeit beginnen kann.

„Der Internationale Frauentag zeigt uns allen, dass Gleichstellung auch und gerade in Zeiten der Corona-Pandemie Leitgedanke sein muss“, so Schrodi.